

Posener Zeitung.

N^o 63.

Freitag den 16. März.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Insertionsgebühren
1 Sgr. 3 Pf. für die viergespaltene
Zeile.

1849.

Inland.

Berlin, den 15. März. Se. Majestät der König haben Allerhöchste geruht: dem Superintendenten Heinrich zu Vnlin, und dem Fabrikanten Christian Mengen zu Biersen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Hoffmann in Silberberg das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Füsiliers-Offizier des 30. Infanterie-Regiments, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und den bisherigen Professor an der Ritter-Akademie zu Brandenburg Dr. Lechow, zum Direktor des Gymnasiums zu Rastenburg, in Ostpreußen, zu ernennen.

Der Kaiserlich Oesterreichische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Freiherr von Prokesch-Osten, ist von Wien, und Se. Excellenz der Großherzoglich-Sächsisch-Würtembergische Rath und Staats-Minister, von Wadsworth, ist von Weimar hier angekommen.

Berlin, den 12. März. Im Kriegsministerium herrscht fortgesetzt eine außerordentliche Thätigkeit. Es sind unter Anderem zahlreiche Instrumente und sonstige Geräthe bestellt, welche zum Felddienst verwandt werden. Ein hiesiger Mechanikus, der ein Patent auf Fabrication von Spitzkugeln vermittelt Maschinen besitzt, läßt unausgesetzt arbeiten. Die Dänische Frage scheint jetzt wirklich eine ernstere Wendung zu nehmen. Im Publikum erhält sich übrigens mit bemerkenswerther Beharrlichkeit die Annahme, daß es zu einem neuen Kriege mit Dänemark nicht kommen werde, ja man begegnet oft der Behauptung, der Friede sei längst abgeschlossen. — Seitens der hiesigen Regierung ist ein Agent nach Amerika gesandt, mit dem Auftrage, Fregatten für die Deutsche Marine anzukaufen, jedoch zu sorgen, daß dieselben Ende April bereits hier sein.

— Gegen den 18. März und nach demselben findet hier ein Durchmarsch vieler Truppentheile statt, welche unter dem General v. Bismarck an der Mecklenburgischen Grenze als Beobachtungs-Corps zusammengezogen werden. Dem Vernehmen nach werden um diese Zeit das 5. und 10. Infanterie-Regiment aus Schlesien, das 13. und 15. Infanterie-Regiment aus Westphalen, so wie das 9. und 12. Husaren-Regiment, nebst der 2., 3. und 7. Artillerie-Brigade hier durchmarschiren.

— Vor Kurzem besuchte der General v. Wrangel die Klassen des hiesigen Cadettenhauses, und ließ sich aus jeder derselben die fleißigsten Zöglinge vorstellen, die er dann zur Tafel einlud, und jeden derselben mit einem werthvollen Geschenk, begleitet von einer ermunternden Anekdote, erfreute.

— Die in mehreren Blättern enthaltene Mittheilung, daß der Justizminister bei Einführung der Geschworengerichte, welche mit dem 1. April d. J. in's Leben treten sollten, durch eine auskömmliche Obergerichte erlassene Verfügung bis auf Weiteres stillt habe, beruht, sicherem Vernehmen nach, auf einer leeren Erfindung. Der Justizminister hat weder eine solche Verfügung erlassen, noch darf er sie erlassen, weil er nicht berechtigt ist, eine auf gesetzlichem Wege ergangene, und durch die Gesefsammlung publicirte R. Verordnung einseitig außer Wirksamkeit zu setzen; er muß vielmehr diese Verordnungen so lange zur Ausführung bringen, bis durch eine der legislativen Gewalten, namentlich durch die Kammern, an deren Zustimmung die Gültigkeit jener Gesetze ausdrücklich gebunden ist, Einspruch dagegen erhoben wird. Wie es heißt, sind die Vorbereitungen zu der neuen Organisation der Gerichte, und insbesondere der Schwurgerichte, in allen Ober-Landes-Gerichts-Bezirken bereits so vollständig getroffen, daß die Einführung derselben unbedenklich mit dem 1. April wird erfolgen können.

— Das neue Ständehaus soll nicht, wie man jetzt hört, in der Nähe des Dönhofsplatzes, sondern auf dem Köpnick's Felde erbaut werden, um der Residenz eine neue hervortretende Zierde zu verleihen, und jener Gegend eine wirksame Aufhülfe zu verschaffen. In der That würde ein Palais hinter den Häusern am Dönhofsplatz sich ganz verlieren und es zu beklagen sein, wenn ein solcher Prachtbau versteckt und verborgen dastehen sollte.

— Der hiesige und Potsdamer Damen-Verein zur Erwerbung eines Kriegsschiffes für die Deutsche Flotte hat bis jetzt 7000 Thlr. gesammelt.

— Wir haben der süddeutschen Auswanderungsvereine bereits mehrfach Erwähnung gethan. Außer diesen bestehen noch andere Kolonisations-Gesellschaften hier, von denen wir namentlich die nach dem Westen des Globus Pilgernden herausheben möchten. Dieselben sind darin eigenthümlich, daß sie, obgleich ihre Theilnehmer fast alle mittellos dastehen, eine neue Heimath suchen wollen. Sie haben sich deshalb bereits mit Hecker in St. Louis in Verbindung gesetzt, sind aber von echt deutscher Gesinnung beseelt und haben sich gegen-

seitig verpflichtet, in der andern Hemisphäre deutsche Sitte und Sprache nicht nur unter sich zu erhalten, sondern auch auf ihre Nachkommen zu vererben und sich zu diesem Behuf immer mit dem Mutterlande in Verbindung zu erhalten. Der ersten auf solchen Grundlagen gebildete Gesellschaft, die allein 126 Familien und etwa 50 lebige Personen, zusammen gegen 400 Seelen zählt, ist es bereits gelungen, zwei gleiche Nachfolgerinnen von ziemlich gleichem Umfange zu bilden. Zur Unterstützung derselben hat sich auch hier ein Kuratorium aus achtbaren Bürgern gebildet, welche für dieselben kollektiven und bereits gegen 1000 Thaler aufgebracht haben; ansehnliche Summen kommen auch von auswärts. Die Gesellschaften beabsichtigen, sich behufs unentgeltlicher Ueberlassung eines Staatsschiffes zu ihrer Ueberfahrt an die Seehandlung zu wenden. Lehrer und Aerzte wollen sie gegen Honorar mitnehmen.

R Berlin, den 13. März. Ich beileide mich, Ihnen Nachricht von einer Mittheilung zu geben, die der Handelsminister von der Heydt so eben der ersten Kammer gemacht hat und die mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Bei der Debatte des fünften Paragraphen der Adresse war von den Abgeordneten Böcking und Wilde ein Verbesserungsantrag gestellt, in welchem die Erwartung ausgesprochen wurde, die Regierung werde Maßregeln treffen, durch Bauten und anderweitige gemeinnützige Beschäftigungen für das Wohl der arbeitenden Klassen zu sorgen. Der Handelsminister von der Heydt eröffnete bei dieser Gelegenheit, daß es allerdings im Plane der Regierung liege, bedeutende Summen zu derartigen Bauten zu verwenden, namentlich solle der Bau der Ostbahn auf Staatskosten in Angriff genommen werden, eben so die Weiterführung der westphälischen Bahn, und zwar aus den vorhandenen Staatsmitteln, ohne daß zu einer neuen Anleihe geschritten zu werden brauche. In Folge dieser sehr erfreulichen Mittheilung wurde der besagte Paragraph angenommen, der Verbesserungsantrag fiel durch.

Berlin, den 13. März. Aus dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten geht uns die Mittheilung zu, daß die durch die Spenersche und die Schlesische Zeitung verbreitete Nachricht: „daß der Bischof von Kulm einen Hirtenbrief erlassen habe, worin er der gesammten Geistlichkeit seines Sprengels zur strengsten Pflicht gemacht, sowohl in den Kammern, als in den Gemeindeversammlungen immer nur im Sinne der Regierung zu stimmen,“ auf völliger Unwahrheit beruhe. Der gedachte Bischof hat amtlich erklärt, daß er einen solchen Hirtenbrief niemals erlassen habe.

— Der Abgeordnete v. Sauten, Mitglied der ersten Kammer, reist heute nach Frankfurt ab, Leue folgt ihm morgen. Von Vertretern verschiedener süddeutscher Staaten, im Parlament. Herr v. Sauten war noch heute Mittag in Charlottenburg zum Könige eingeladen.

Es könnte sich übrigens leicht ereignen, daß noch mehrere unserer Abgeordneten, die zugleich Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung sind, die Aufforderung erhielten, nach Frankfurt zurückzukehren, wo die Beratungen über die Verfassung vielleicht schon bis zum 17. d. M. beendet sein sollen.

Herr von Schmerling soll bereits seine Entlassung eingebracht haben.

— Auf Requisition der Centralgewalt wird Preußen sofort 12,000 Mann nach Holstein senden.

— Die Adress-Kommission der zweiten Kammer ist heute Abend mit dem Adress-Entwurf fertig geworden.

— Die projektirte billige Vergnügungs-Fahrt nach Paris scheint jetzt ungewiß geworden zu sein, weil die französische Regierung seit Kurzem das Pass-Visum zu sehr erschwert hat.

— Die Feier des 18. März hat jetzt die Wendung genommen, welche vom Anfang zu vermuthen stand. Eine Bekanntmachung des General Wrangel bringt in Erinnerung, daß nicht allein Versammlungen, Aufzüge und Reden auf Straßen und Plätzen im ganzen Umfange des Belagerungszustandes, sondern überhaupt alle und jede Demonstration, welche Ruhestörung in der Residenz herbeiführen könne, als verboten anzusehen sei. Bemerkenswerther Weise geschieht des 18. März in dieser Bekanntmachung keine Erwähnung, während sie offenbar lediglich auf die Feier derselben berechnet ist. Das gebildete Fest-Komitee, bestehend aus den Herren Pfeiffer, Thourer, Simion und Andern, hatte sich noch kurz zuvor an die städtische Behörde gewandt, und dieselbe aufgefordert, sich am Festzug, wie an der Grundsteinlegung zu betheiligen, dabei auch gebeten, dieselbe möchte etwaige der Feier sich entgegenstellende Hindernisse hinwegräumen. Wie man aber vernimmt, soll die Stadt-Obrigkeit der Ansicht sein, daß die ganze Frage durch die Bekanntmachung des General v. Wrangel ihre Erledigung gefunden habe. Die Notiz, daß die Regierung eine Revolutionsfeier gestatten wolle, wenn Magistrat und Stadtverordnete sich an die Spitze stellten, hat bis jetzt keine Bestätigung erhalten. Wie wir erfahren, soll ein solcher Vorschlag zwar im Werke gewesen, jedoch mit Rücksicht auf anderweit dabei in Betracht kommende Bedenkllichkeiten wieder beanstandet sein. Die Schützengilde soll bereits die Absicht gehabt haben, sich am 18. März zur Vermeidung jeden Konfliktes zwischen Bürger und Militair für den Wachdienst am Landsberger Thor, durch welches der Weg nach dem Friedrichshain führt, zu erbieten. Es giebt inzwischen Stimmen, welche dafür halten, daß der Auszug der Frankfurter-Kaiserwahl möglicherweise auch hier noch Vieles umgestalten könne.

— Gegen den kürzlich von der Diebstahlsanklage freigesprochenen früheren Abgeordneten Rittmeister Kuhr hat der Staatsanwalt

die Appellation eingelegt. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der meist aus politischen Gegnern des Angeklagten zusammengesetzte Appellationsenat das erste Erkenntniß zu Ungunsten des Angeklagten ändern werde. Für diesen gestaltet sich die Sache alsdann um so nachtheiliger, als es sich lediglich um Thatfragen handelt und eine dritte Instanz deshalb nicht eintritt.

o Berlin, den 14. März. Heute hat sich hier das Gerücht verbreitet, es sei gestern Abend eine Kriegserklärung von Seiten Russlands eingetroffen. Näheres hört man darüber noch nicht. So viel ist richtig, daß der Prinz Carl und der Prinz von Preußen gestern Abend plötzlich aus dem Theater gerufen wurden und eine längere Unterredung mit einem Herrn in Civil gehabt haben. Diese Unterredung hält man für die Mittheilung der obigen Nachricht.

In der Conversationshalle, dem Versammlungslokal der Linken der 2ten Kammer, wollte man Privatbriefe aus Wien haben, wonach Schuselka erschossen worden. Man will es in der Stadt noch nicht recht glauben, aber man erinnert sich auch, daß in Oesterreich alles möglich ist, und denkt an die Erschießung Blum's. Auf bestimmtere Nachrichten ist man sehr gespannt.

— Hier ist in mehreren Exemplaren ein sogenannter Himmelsbrief ausgetheilt gefunden, auch soll derselbe durch einen wohlgekleideten Mann vertheilt worden sein. Es ist das non plus ultra mystischen und pietistischen Unsinns, wie schon nachstehende Stellen darin beweisen: „Ich befehle Euch, sowohl Jung als Alt, daß Ihr fleißig in die Kirche geht und Eure Sünden bekennet,“ ferner: „Wer an diesen Brief nicht glaubt, der wird die ewige Seligkeit nicht erlangen, wer ihn aber bei sich trägt und Andern zum Lesen oder Abschreiben giebt, er mag Sünden haben wie Sterne am Himmel, oder Sandkörner am Meere, so sollen sie ihm vergeben werden“ u. s. w. Auch soll dieser Brief hie- und schufest machen und gegen alle Krankheiten helfen und mehr des Unsinns.

Stettin, 12. März. (Ostsee-Ztg.) Eins der ersten Häuser an der Londoner Kornbörse meldet uns unter dem 9. d. M. Folgendes: „Die Friedens-Unterhandlungen in der dänischen Angelegenheit sind suspendirt, und so viel wir erfahren können, ist wenig Aussicht, daß das dänische Gouvernement in eine Verlängerung des Waffenstillstandes willigen werde.“ — Aus sicherer Quelle können wir mittheilen, daß das Kriegs-Ministerium, in Folge der Kündigung des Waffenstillstandes seitens der dänischen Regierung, kräftige Maßregeln zum Schutze der Ostseeküste getroffen hat: Zunächst werden die 11 fertigen Kanonen-Schaluppen und Jollen durch Aushebung von Seeluten mit der kriegsmäßigen Stärke besetzt. Die Corvette Amazona wird mit 24pfündigen Kanonen besetzt und die vollständige kriegsmäßige Bemannung erhalten; ferner werden 3 bis 4 Post- und Paket-Dampfschiffe kriegsmäßig ausgerüstet; eben so die, dazu geeigneten, Regierungs- oder Privat-Dampfschiffe mit Geschützen besetzt. Sobald die im Bau begriffenen Kanonen-Schaluppen in Strallund, Wolgast, Uckermünde, Dammgarten, Elbing u. (welche kontraktmäßig im Juni fertig sein sollen), vom Stapel gelaufen, werden sie sofort nach Swinemünde geschickt. Die Bootsführerstellen werden durch Handels-Schiffs-Capitäne (als Seewehr-Offiziere) besetzt und die Mannschaft wird bereits jetzt ausgehoben, um bis dahin in der Handhabung der Waffen ausgebildet zu werden. Das ganze Flotten-Geschwader wird sich in Swinemünde vereinigen und dann je nach dem Bedürfnis detachirt werden. Privat-Dampfschiffe werden zum Bugfieren der Schaluppen herangezogen. Den Befehl über dieses Flotten-Geschwader hat der von uns schon sonst mit Achtung erwähnte Capitän-Lieutenant Schröder übernommen, welcher bei Antwerpen durch persönlichen Muth und durch Umsicht sich hervorthat. Zum weiteren Schutze der Küste werden, wie im vorigen Jahre, Truppendetachements an den erforderlichen Punkten stationirt. — Es circulirt hier eine Adresse, in welcher das Staatsministerium um Aufhebung des Bürgerwehrgesetzes angegangen wird.

Altona, den 12. März. Am 18. d. sollen sämtliche bis dahin im Herzogthum Schleswig versammelt gewesenen Truppen (Schleswig-Holsteiner, Badener, Hessen-Darmstädter, Württemberger und Altenburger) ein Feldmanöver bei Bau abhalten. Die Altenburger werden schon heute erwartet. Ohne die Reichstruppen ist das jetzt in Schleswig-Holstein stehende Heer 21,000 M. stark.

Kiel, den 10. März. Obgleich es bisher die Absicht des Kriegsministers Hansen gewesen, sich selbst an die Spitze der Dänischen Armee zu stellen, hat man es doch jetzt vorgezogen, den Oberbefehl einem Napoleonischen General anzuvertrauen. Einen solchen hat man in der Person des Generals Fabvier, mittelst glänzender Anerbietungen und Vorspiegelungen, als: 100,000 Fr. Säge und, bei einigem Erfolg, alle hohen Orden, gewonnen. Herr Fabvier ist schon in Kopenhagen, er freut sich auf den Einmarsch in Schleswig. Wie ehemals der General Falkett, wird diesmal der General Bonin sich den Spaf zu machen haben, den alten Hausdegen an der Spitze der Dänischen Garde einzufangen.

Sera, den 9. März. Ein Konflikt des constituirenden Landtags für Rußl. L. mit unserem Ministerium, ist durch die Forderung des letzteren, fünf Deputirte der ehemaligen Ritters- und Landshausen zu den Verhandlungen des Landtags zuzulassen, eingetreten. Der Landtag beschloß, bei seinem im December gefassten, dieser Forderung entgegengetreten, Beschlüssen zu beharren. Das Ministerium berief sich auf eine Entscheidung der Reichs-Central-Gewalt, die eingeholt werden müsse, weil es in dem Art. 8. des Einführungsgesetzes zu den Deutschen Grundrechten heiße, daß die durch Abschaffung alter Standesvorrechte, zu denen jene ritterschaftliche Landstandsvertretung gehörte, nöthig gewordenen Abänderungen der Landesverfassungen durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung herbeigeführt werden sollen. Zu die-

sem Zwecke wurde der constituirende Landtag durch ein schon bereit gehaltenes Fürstl. Reskript auf so lange vertagt, als die Entscheidung der Reichs-Centralgewalt erfolgt sei. Der Landtag protestirte gegen diese Vertagung, während die Mitglieder des Ministeriums sich in größter Hast aus dem Sitzungssaal entfernten. Ministerielle Vorsichtsmaßregeln waren bereits seit mehreren Tagen getroffen, erwiesen sich aber als überflüssig.

München, den 9. März. Die definitive Zusammensetzung des neuen Ministeriums ersieht man aus den Unterschriften des folgenden Reskripts: „Nymphenburg, den 7. März 1849. Maximilian II., König von Bayern etc. Unseren Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Wir finden uns bewogen — in Erwägung, daß durch die Bildung eines neuen Staats-Ministeriums eine Unterbrechung der gesetzgebenden Thätigkeit bei den obersten Verwaltungsstellen eintreten mußte, in Folge welcher dem Landtage in der nächsten Zeit die nöthigen Vorlagen für seine Beratungen mangeln würden, — nach den Bestimmungen des Tit. VII. §. 23. der Verfassungs-Urkunde den Landtag bis 10. April l. J. zu vertragen. Wir verbleiben euch mit königlicher Huld und Gnade gewogen. Max v. Lesuire. Dr. Aschenbrenner. v. Kleinschrod. v. Beisler, Staatsrath.“

Stuttgart, den 10. März. Das k. Ministerium des Innern hat einen Erlaß an die Oberämter ergehen lassen, betreffend eine Verwarnung vor der Betheiligung bei einer freiwilligen Anleihe zu Gunsten der deutschen Republik.

Aus Baden, den 10. März. Der Abgeordnete Brentano hat sein Mandat niedergelegt, „weil er es mit seinem Gewissen und seinen Pflichten gegen das souveräne Volk für unvereinbar hält, an einer Versammlung Theil zu nehmen, welcher das Volk sowohl im Allgemeinen als in der Person einzelner Mitglieder entschiedene Mißtrauensvoten gegeben hat und welche zur Verhöhnung des Volkes sich jetzt noch anmaßt, auf seinen Ventel hin die wichtigsten Gesetze und Einrichtungen des Landes berathen und beschließen zu wollen.“ In gleicher Weise erklärt der Volksverein zu Lahr, daß „eine Volksvertretung, die es bis zu der Fähigkeit gebracht hat, Unwissenheit über den Willen ihrer Vollmachtgeber zu heucheln, sich zum Gegenstande des stillen Abscheues in dem Grade gemacht hat, daß ein fernerer Verkehr mit ihr, ohne Wegwerfung seiner eigenen Würde, nicht mehr möglich ist, und daß er gegen Alles protestire, was eine solche Gesellschaft zum Nachtheil des Volkes noch unternehmen könne.“ Die Bierbrauer von Heidelberg endlich haben auf eine Aufforderung des Finanzministers, ihr Gutachten über ein demnächst den Kammern vorzulegendes neues Biersteuergesetz abzugeben, geantwortet: „Die Kammern haben das Vertrauen des Badischen Volkes, also auch der Heidelberger Bierbrauer (bemerken Sie, wie streng logisch) durchaus verloren und wir werden deshalb auch kein Gesetz von ihnen annehmen, und verwahren uns aufs Entschiedenste gegen ein solches Gesetz.“ So gewichtigen Stimmen zum Troste ist die Kammer entschlossen, zu bleiben und das große Werk der Umgestaltung unseres Staatslebens, welches sie im März des vorigen Jahres begonnen, nicht unvollendet zu lassen, sondern in der damals eingeschlagenen Richtung zum Ziele zu führen.

Frankfurt, den 11. März. In diesen Tagen fand eine Beratung der Bevollmächtigten der Einzelregierungen, unter dem Vorsitz des Reichsministers, statt, um die Mittel, wie das zum Kriege mit Dänemark nöthige Geld aufzubringen sein möchte, zu besprechen. Man schlug eine Reichsanleihe vor, was viel Anhang fand, da eine Reichsschuld die Einigkeit stärken würde; aber man sah ein, daß das Reich keinen Credit habe, und ließ die ganze Sache einstweilen auf sich beruhen. — Der Churfürst von Hessen hat hier ein großes neues Haus gekauft, das für die Aufnahme seiner Familie bestimmt sein soll. — Soldaten vom 28. Preuß. Inf.-Reg., das sich bisher durch Disziplin auszeichnete, konfiszierten bei einem hiesigen Buchdrucker auf eigene Hand Exemplare eines mißliebigen Plakats. Die strenge Bestrafung der Schuldigen erfolgte bald.

Frankfurt, den 12. März. Anbei übersende ich Ihnen ein Exemplar (siehe unten) des heute von dem Abgeordneten Welcker eingebrachten dringlichen Antrages wegen sofortiger Wahl des Königs von Preußen zum erblichen deutschen Kaiser. Die Nachrichten aus Oesterreich haben eine so plötzliche und vollständige Umwandlung in der Stimmung der Nationalversammlung hervorgerufen, daß die Annahme des Welcker'schen Antrages sehr wahrscheinlich ist, und vielleicht noch im Laufe dieser Woche erfolgen wird. Es ist sogar die Möglichkeit vorhanden, daß der fragliche Antrag mit großer Majorität angenommen wird, wenn die Linke eine Conzession in Bezug auf das Wahlgesetz erlangt, welches sie gleichzeitig mit der Verfassung in Pausch und Bogen angenommen haben will.

Herr von Schmerling hat gestern sein Amt als Bevollmächtigter Oesterreichs bei der provisorischen Centralgewalt niedergelegt; circa 30 Oesterreichische Abgeordnete wollen dem Vernehmen nach freiwillig aus der Nationalversammlung ausscheiden. Gegen mehrere hiesige Oesterreichische Abgeordnete von der Linken, namentlich gegen Giskra und Berger, sind bereits von Wien aus Verhaftsbefehle erlassen, so wie sie die Oesterreichische Grenze wieder betreten.

Frankfurt a. M., 12. März. 1849te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Der von Welcker gestellte Antrag lautet: Die Deutsche verfassunggebende National-Versammlung, in Erwägung der dringlichen Lage der vaterländischen Verhältnisse, beschließt:

1) Angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der Deutschen Nation zu beschließende Verfassung, ihre Entrüstung gegen solche Eingriffe in das heiligste Urrecht freier Völker, gegen jeden Deutschen aber, sei er Fürst oder Bürger, welcher landesverrätherisch solche Eingriffe hervorgerufen möchte, den tiefsten Abscheu und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die Deutsche Nation wie ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweisen werde; 2) die gesammte Deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung von dem Verfassungs-Ausschuß mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierung

gen redigirt vorliegt, wird durch einen einzigen Gesamtbeschuß der National-Versammlung angenommen und jede etwa heilsame Verbesserung dem nächsten verfassungsmäßigen Reichstage vorbehalten. 3) Die in der Verfassung festgestellte Kaiserwürde wird Sr. Majestät dem König von Preußen übertragen. 4) Die sämtlichen Deutschen Fürsten werden eingeladen, großherzig und patriotisch mit diesem Beschlusse übereinzustimmen und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern. 5) Es wird eine große Deputation der National-Versammlung abgesendet, um Sr. Majestät dem Könige von Preußen die Wahl zum Deutschen Erbkaiser anzuzeigen. 6) Sowohl Sr. Majestät der Kaiser von Oesterreich, als Fürst der Deutsch-Oesterreichischen Lande, als die sämtlichen Brudersämme in diesen Landen, einzeln und vereint, sind zum Eintritt in den Deutschen Bundesstaat und seine Verfassung jetzt und zu aller Zeit eingeladen und aufgefordert. 7) Die Deutsche National-Versammlung legt gegen ein etwa beanspruchtes Recht der Regierung der Deutsch-Oesterreichischen Lande oder dieser Lande selbst, von dem Deutschen Vaterlande und aus der von seinem Gesamtwillen beschlossenen Verfassung auszuscheiden, für alle Zeiten feierlichen Widerspruch ein. 8) Sie ist aber bereit, so lange einer definitiven Verwirklichung des völligen Eintritts der Deutsch-Oesterreichischen Lande in die Deutsche Reichsverfassung noch Schwierigkeiten im Wege stehen sollten, die bestehenden nationalen brüderlichen Verhältnisse, jedoch unbeschadet der Selbstständigkeit der deutschen Reichsverfassung, zu erhalten.

Auf die Frage des Präsidenten, ob Herr Welcker das Wort zur Begründung der Dringlichkeit zu verleihen sei, erhebt sich einhellig die ganze Versammlung. Tiefe Stille, unter deren Eintritt die Rednerbühne einnimmt:

Herr Welcker: Meine Bedenken gegen das Erbkaisertum gingen aus meiner Abneigung gegen Preußen hervor, sondern aus meinem heißen Verlangen, daß das ganze Vaterland zusammen gehalten werde. Nur daß kein Mittel versäumt werde, welches zur vollständigen Einheit führen könne, war meine Absicht. Jetzt glaube ich, daß diese Mittel erschöpft sind, daß der Augenblick gekommen ist, wo wir das übrige Deutschland zu einem festen Körper zusammenzufassen haben. Und so ist die durch mich mitbewirkte Verzögerung zum Segen gewesen. Sie hat jeden Schimmer der Usurpation von der Krone entfernt, die wir auf Preußens Haupt setzen, wir haben die Oesterreicher nicht ausgestoßen, und unsere Hand ist jeden Augenblick bereit, sie aufs neue brüderlich zu empfangen. (Stürmischer Beifall von dem ganzen Hause.) Alle, ich zweifle nicht daran, auch die katholischen Badner und Bayern sind jetzt durchdrungen von dem Gedanken, daß Deutschland gerettet werden müsse, und gegen jeden Eingriff von Außen, gegen jeden Versuch, das selbstständige Werk seiner Verfassung zu hindern, wird sich unser Volk wie ein Mann zur Vertheidigung seiner Freiheit erheben! (Bravo!) Keine retrogratte Karte, eine selbsttheilte werden wir haben. Das Vaterland ist in Gefahr. Wäre noch eine Möglichkeit des Eintritts Oesterreichs in unseren Bund übrig, so wird es an dem Könige von Preußen, als dem Kaiser von Deutschland sein, das Ultimatum zu stellen. Ich widerhole, das Vaterland ist in Gefahr. Retten Sie das Vaterland! (Anhaltender, allseitiger Ruf der Zustimmung und Beifallsklatschen.)

Dem Antrage Herrn Welckers gemäß wird genehmigt, daß die Beratung des von ihm angeregten Gegenstandes auf eine der nächsten Tagesordnungen gebracht werde.

Wer der heutigen Sitzung in der Paulskirche beiwohnte, dem schwoll die Brust von Zuversicht und hoher Begeisterung für des Vaterlandes Größe und Errettung, und der Mann, welcher das heilige Feuer in aller Herzen entzündete, der die Wolken vor dem Blick in die Zukunft zerriß, es war — der alte Freiheitskämpfer Welcker. Als sein Antrag verlesen wurde, da brach sich das Erstaunen ungemessen Bahn; Niemand traute seinen Ohren, und erst als die Zweifel gelöst waren, drängte sich Alles um und durch einander; die ganze Versammlung fühlte sich wie umgewandelt und erlöst; eine solche Frische und Freudigkeit hatte niemals in diesen Räumen gewaltet: es feierte hier die Vaterlandsliebe ihren höchsten und reinsten Triumph. Mit Mühe gelang es dem Präsidenten wieder Gehör zu finden, aber als die Frage verstanden war, ob der Antragsteller das Wort zur Begründung der Dringlichkeit erhalten solle, da erhob sich die ganze Versammlung von ihren Sitzen und mit lautem Beifall wurde das feierliche Auftreten Welcker's auf der Rednerbühne begrüßt. Was er sprach, waren Worte, die ein Gemeingut der Nation werden müssen, denn sie dienen dazu, den Mann zu rechtfertigen, der den Schein wider sich hatte, während seine heutige That bewies, daß ihm das Herz nicht alt geworden, wo es die Freiheit und Ehre des Vaterlandes gilt. Der Gedanke, welchen er aussprach, war die Folge einer endlich aus objektiven Gründen abgeleiteten Gewißheit, daß Oesterreich in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten könne, daher wollte er der Erste sein, welcher offen vor der Welt erklärte, daß nun der große Augenblick gekommen sei, das erbliche Kaisertum in Deutschland zu gründen und es mit raschem, freudigen Entschluß

dem Könige von Preußen anzutragen. Stürmischer Applaus unterbrach seine Rede und begleitete ihn beim Abtreten von der Tribüne. Die Bewegung war so groß und nachhaltig, daß der Versuch, mit der Tagesordnung fortzufahren, mißlang und man von allen Seiten Vertagung wünschte, die dann um 11 Uhr angenommen wurde.

Blicken wir auf das Verhalten im Einzelnen, so beobachteten die Oesterreicher ein ruhiges Schweigen, auch ein Theil der Linken verhielt sich würdevoll passiv, während die Mehrzahl in den Jubel einstimmte. Bayern und Württemberg theilten die

Begeisterung, und man weiß schon jetzt, daß sie beinahe ohne Ausnahme dem Welckerschen Antrage, dessen Beratung am Mittwoch beginnt, beitreten werden.

Ebenso ist die Linke geneigt, dem Bedürfnisse des Vaterlandes ihre besonderen Wünsche zu opfern und die ganze Verfassung mit dem Entwurf für die zweite Lesung en bloc anzunehmen, sofern demselben das Wahlgesetz, wie es aus erster Lesung hervorgegangen, einverleibt wird. Indes, da die Majorität auf diese Bedingung nicht eingeht, wird wenigstens ein Theil der Linken auch ohne Vorbehalt seine Hand zum Werke leihen. Die Oesterreicher pflogen heute Abend Beratungen darüber, wie sie sich ihrerseits verhalten sollen. Stören wollen sie, wie allgemein versichert wird, nicht. Sie gedenken, den Verhandlungen in der Paulskirche beizuwohnen, sich jedoch der Abstimmung zu enthalten und feierlichst gegen die Oesterreichische Verfassung, welche die Trennung von Deutschland ausspricht, zu protestiren. Es ist also auf eine noch größere Majorität für das Definitivum zu rechnen, als bei der Errichtung der provisorischen Centralgewalt. (D. R.)

Wien, den 11. März. Nur spärlich bringen Detail-Nachrichten über die mörderische Schlacht bei Kapolna zu uns herüber. „Nicht eine Schlacht, ein Schlachten war's zu nennen.“ Ein großer Theil der Truppen socht stundenlang im Handgemenge. Der Kürassier-Ober-Lieutenant, ein geborner Wiener, wurde vorgestern hieher zu seinen Angehörigen gebracht; ein Säbelhieb hat ihm beide Augen durchgehauen, fünf schwere Wunden auf dem Kopfe und ein tiefer Hieb in den Arm zeigen, wie dieser Tapfere gesohten.

Wien, den 11. März. Dr. Fischhof wird in seinem Gewahren mit großer Rücksicht behandelt. Es ist ihm gestattet, Besuche zu empfangen und Zeitungen zu lesen; so viel man hört, dürfte er bald auf freien Fuß gesetzt werden, da seine Wähler die Absicht haben, deshalb Schritte einzuleiten. Fischhof, bekanntlich ein ausgezeichneter Arzt, hat sich vorzüglich der Branche der Frauenkrankheiten zugewendet und gedankt, sich derselben speziell zu widmen. Die Antwort, die er seinen Freunden ertheilte, als sie ihn zur Flucht bereden wollten, ist eines Mannes würdig: „Ich glaube nicht, daß mich die Militärkommission verurtheilt wird und kann, wenn ich bleibe; aber ich weiß es ganz gewiß, daß mich das ganze Volk verurtheilt wird, wenn ich fliehe.“ — In dem durch die unglückliche Schlacht berühmt gewordenen Austerlitz haben sich die christlichen Einwohner Excesse gegen die dortigen Juden aus Anlaß der Erklärung der Gleichberechtigung erlaubt. — Heute ist die ganze Stadt durch die Festlichkeit des Ledums aufgeregert. Das Geläute der Glocken mischt sich mit den Kanonensalven. Auf allen Plätzen ist Militär aufgestellt.

Wien, den 12. März. Dr. Fischhof empfing gestern im Gefängnis den Besuch des Erministers Willersdorf. — Die früheren Deputirten Löhner, Violand und Güstler, die sich bereits über die Grenze geflüchtet haben, werden als Staatsverräter hier brieflich verfolgt. — Man will wissen, der Kaiser werde Wien am 15. d. mit seinem Besuche überraschen. Man überläßt sich hierbei der Hoffnung einer Amnestie und vieler Vergnadigungen, sowie der Aufhebung des Belagerungszustandes.

Der ganze Belagerungspark der Festung Leopoldstadt ist bei Komorn eingetroffen und mit mehreren, aus Wien gesendeten schweren Geschütz-Batterien vereinigt worden, um die Festung ernsthaft zu beschließen, sofern die Uebergabe nicht erfolgen sollte. — Aus Mediasch erfährt man, Bem sei verwundet von dort abgereist. Sein Arm soll sich in Folge der letzten Operation, wobei ihm ein Finger abgenommen wurde, in einem gefährlichen Zustande befinden.

Graz, den 4. März. Der Bataillons-Kommandant der Bürgergarde hat seinen Untergebenen das Tragen der Vollbärte untersagt. Man erwartet demnächst, er werde das Tragen der Böpfe anbefehlen.

Prag, den 8. März. Die heute hier eingetroffene Nachricht, daß unser Reichstag aufgelöst sei und wir eine retrogratte Verfassung erhalten haben, hat hier große Sensation hervorgerufen. Von den Plakaten, deren bisher nur vier angeheftet waren, hat man die Namen der Minister herabgerissen, es steht zu befürchten, daß in Folge dieser Verfassung hier große Unruhen ausbrechen werden. Das Militär ist in den Kasernen konzentriert, auf den Anhöhen sind die Kanonen aufgeföhren. Mit Bangen sehen wir der Zukunft entgegen.

Pesth, den 7. März. Der Feldmarschall ist mit dem größten Theile des Generalstabes wieder in Ofen angekommen. Die Reserve-Armee mit vielem Geschütz, sämtlicher Munition, der Brücken-Equipage u. s. w. ist ebenfalls im Laufe des gestrigen Nachmittags eingedrückt. Wir wissen gar nichts Bestimmtes. So viel ist auf jeden Fall gewiß, daß die weitere Verfolgung der Insurgenten, als bis über die Theiß, vorderhand sich als nicht dringlich erwiesen hat. Das Bataillon Zanini, dessen Gefangennahme ich Ihnen gemeldet habe, ist bereits unter starker Escorte nach Pesth eingebracht worden.

Das Commando in der Nähe von Moskar hat Hr. Schlick übernommen, während eine zweite Operationslinie unter Generalmajor Ottinger zwischen Szegled bis Szolnok sich ausdehnte. In der Nacht auf den 6. d. M. fand bei dem letztern Orte ein sehr bedeutendes Treffen statt, wobei der Verlust von beiden Seiten sehr groß sein soll. — Reisende, die mit dem gestrigen Ofener Silwagen ankamen, erzählen von einer heftigen Kanonade, die sie in den Environs der Festung Komorn durch 1½ bis 2 Stunden vernommen haben. Wir erfahren jetzt erst, daß der Dictator bei der letzten Theißschlacht anwesend war und, wie man im kaiserlichen Truppenlager mittels scharfer Fernrohre bemerkt haben soll, in Tisza. Für red seine Armada gerüstet und haranguirt hat.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 10. März. Ein Abgesandter Kossuths war hier und soll bereits nach London gegangen sein.
Die Fürstin v. Liven ist hier angekommen und wird sich auf das Neue hier wieder dauernd niederlassen. — Zamoiski, der frühere polnische Generalschreiber unter Remorino, ist heute mit 42 leichten sardinischen Offizieren nach Italien abgegangen. Sie wollen im sardinischen Heere Dienst nehmen.
Der Minister des Innern hat den Präfekten die Erlaubnis gegeben, allen Polen Freipässe und Reisegelder bis zur Gränze zu erteilen, falls sie darum bitten, das Gebiet der französischen Republik zu verlassen.

Nach Gaeta gehen bedeutende Geldsummen. Außer den Pfennigen des heil. Petrus, deren Haupt-Collette in Paris statt findet, wo sie aber sehr spärlich ausfällt, sandte der Bischof von Limoges 5000 Frs. und der Bischof von Nancy 14,800 Frs. an den Papst ab.

Zu Lyon wurden am 6. mit Wassengewalt die Zeichen der rothen Republik von den öffentlichen Plätzen entfernt. Die dreifarbige Fahne trat an die Stelle der phrygischen Mütze.

Die Kommissarien des Studenten-Banketts an der Versammlung der Vertheidiger gestern vor Gericht. Sie trugen auf Verurteilung an, da ihre Vertheidiger in Bourges waren. Das Gericht wollte sich jedoch auf keine Verurteilung einlassen und verurtheilte die Bankett-Kommissarien zu 100 Franken Geldbuße.

Am Abend des 5. d. kam es zu Blois aus Anlaß der Wegnahme einer rothen Mütze, welche auf dem Freiheitsbaume steckte, zu Unruhen. Es wurde Generalmarsch geschlagen, und die bald in großer Anzahl versammelte Nationalgarde stellte bald die Ordnung her.

Von der Insel Reunion sind sehr traurige Nachrichten eingetroffen. In Folge des Dekrets der provisorischen Regierung über die Aufhebung der Sklaverei hatte der Regierungs-Kommissar, Herr Sor da Garriga, den Sklaven vorgeschrieben, sich vor ihrer vollständigen Befreiung noch auf zwei Jahre zu verpflichten und nach ihrer Freilassung ein Arbeitsbuch, welches ihre Existenzmittel nachweist, sich geben zu lassen. Die meisten Neger weigerten sich, dieser Bestimmung nachzukommen. Viele stellten sich, als ob sie arbeiten wollten, verlangten aber das Lohn in baarem Gelde, was zu gewaltigen Unruhen führte. Die Schwarzen, 90,000 an der Zahl verbreiteten sich jetzt als Landräuber über die ganze Insel, zündeten die Plantagen an, plünderten und raubten. In Saint-Pierre nahmen sie am 27. November den Regierungs-Kommissar gefangen, nachdem sie ihn eine ganze Nacht in seinem Hause belagert hatten. Man weiß noch nicht aus, was aus ihm geworden ist.

Dänemark.

Kopenhagen, den 8. März. Unter dem gestrigen Datum hat der Marine-Minister eine Bekanntmachung erlassen, wonach alle Häfen und Einfahrten in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, mit Ausnahme von Alsen und Arroe, vom 27. d. an blockiert werden. Von anderen Deutschen Häfen ist noch nicht die Rede, also scheint man erst die Theilnahme Deutschlands an etwaigen Kriege-Operationen abwarten zu wollen.

Italien.

Rom, den 27. Febr. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Rusconi, hat die diplomatischen Agenten von dem Beschluß in Kenntniß gesetzt, daß die Fahne der Römischen Republik die dreifarbige sei, mit dem Adler darin — die Agenten antworteten nicht darauf, wie dies bei den ministeriellen Noten der Römischen Regierung gewöhnlich der Fall ist. Man steht jetzt im Begriff, verschiedene Glocken, vor allen die des Römischen Kollegiums und Archi-Gymnasiums, einzuschmelzen, um Kanonen daraus zu gießen. Gestern stellte der Polizei-Direktor eine Durchsuchung in der Münze an, weil er den Verdacht hegte, es möchte sich silbernes Kirchengelb befunden, um Geld daraus schlagen zu lassen. Es fand sich aber nichts. Mons. Roberti und andere Prälaten haben Rom verlassen; der Klerus verkleidet und verbirgt sich.

Rom, den 1. März. Der Graf Gaetano Mastai, ist, ohne große Bedeckung, an die Gränze gebracht und ihm dort seine Verhöhnung aus den römischen Staaten angekündigt worden. — Aus Neapel erfährt man, daß der dortige Kriegsminister dem General Palma befohlen habe, alle an die römischen Staaten grenzenden Ortschaften in Belagerungszustand zu versetzen. — Die hiesige Epoca meldet, daß 3000, jetzt in Epirus stehende, bewaffnete Griechen der römischen Republik ihre Dienste angeboten haben. — In Civitavecchia war gestern das Gerücht von dem Ausbruch eines Aufstandes in Calabrien, zu dessen Bekämpfung Neapel Truppen geschickt habe, verbreitet.

Kammer-Verhandlungen.

Siebente Sitzung der Ersten Kammer vom 13. März.

Anfang 10½ Uhr. Präsident v. Auerwald.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und ohne Erörterung genehmigt.

Die Abgeordneten v. Potworowski, v. Sauten (welcher nach Frankfurt gehen will) erhalten den erbetenen Urlaub.

Die Debatte über den 4ten Satz des Adress-Entwurfs wird eröffnet; dazu sind folgende Amendements gestellt:

1) „Die Vorlagen, welche den Belagerungszustand der Hauptstadt und deren nächsten Umgebung betreffen, werden wir in schleuniger und gewissenhafter Erwägung nehmen, und hoffen, daß letztere zu einem Resultat führen möge, welches die Aufhebung dieser außerordentlichen Maßregel möglich macht.“

2) Statt des ganzen Satzes:

„In Hinblick auf die Hauptstadt und einige andere Orte verhängen Belagerungszustand beklagen wir eben so lebhaft, daß es nothwendig war, zu einer so außerordentlichen Maßregel zu schreiten, als wir wünschen, sie überall so schnell als möglich aufzuheben zu sehen.“

Wir werden die hierauf bezüglichen Vorlagen gewissenhaft prüfen, um uns ein sicheres Urtheil darüber zu bilden, wann und unter welchen Garantien für Ordnung und Ruhe es uns möglich erscheint, den betrüblichen Ausnahmezustand aufzuheben zu lassen.“

v. Willisen. Graf v. Voettker. v. Winkler. Flottwell.

An der Debatte betheiligen sich die Abgeordneten v. Tepper, Fessler, v. Brandt.

Abgeordneter Sperling: Auf jeden Zustand der Aufregung folgt eine gewisse Erschlaffung. Viele Bürger der Stadt Berlin fühlen sich

in dem Belagerungszustand wohl: ja, man wünscht gar dessen Fortdauer. Ich schließe mich dem Amendement von Fessler an, denn dies spricht es aus, wie der Belagerungszustand an sich wohl nothwendig gewesen sein kann, wie es jedoch wünschenswerth ist, durch zweckmäßige Gesetze die Ausnahme überflüssig erscheinen zu lassen. Ist es denn so herrlich, daß die Freiheit der Rede auf den kleinen Raum beschränkt ist, den ich eben einnehme? Ich habe ein Amendement gestellt, welches die Nothwendigkeit des Belagerungszustandes nicht direkt ausspricht.

Abgeordneter Stahl: Es ist keine Erschlaffung der Redendenz, daß man sich dem Belagerungszustand gefügt hat, es ist vielmehr eine Erwachung zum Rechtsbewußtsein. Das Drückende eines Belagerungszustandes verkennen wir nicht, aber die Stadt hat sich während des vorigen Sommers in der Belagerung der Anarchie befunden.

Der Redner schildert mit lebhaften Farben die Anarchie des Sommers, und wünscht im Interesse des Staatswohles, ja selbst im Interesse der Milder, die Fortsetzung des Belagerungszustandes, damit die Redereien mit den Konstablern, der Aufruf auf den Straßen nicht wieder zu einem blutigen Zusammenstoß führen möchten, und fährt dann fort: Aus Frankreich stammt die Revolution, aus Frankreich auch das Mittel dagegen, aber nirgends wird dies mit der Strenge wie dort geübt. Freilich ist es ein trauriges Mittel, ein Palliativmittel, wir müssen es aber anwenden, bis wir die Gesetze haben, welche der Anarchie zu steuern im Stande sind.

Abgeordneter v. Willisen: Die Versammlung muß dem Lande und dem Ministerium gegenüber ihre wahre Gestalt darlegen. Wir müssen daher aussprechen, ob wir den Belagerungszustand für nothwendig halten oder nicht. Dies bezweckt mein Amendement. Die Möglichkeit der Aufhebung dürfte nur aus Gründen gefordert werden. Ich verlange die Aufhebung aus dem politischen Grunde, daß die Regierung nicht ausspreche, sie sei außer Stande, mit den Kammern zu regieren, wenn nicht dieser Ausnahmezustand bestände. Die politische Möglichkeit der Aufhebung liegt klar am Tage, da die Anarchie der Organisation und der Waffen entbehrt, die Regierung aber die Mittel und Gottlob auch den Willen hat, ihr rasch und kräftig zu begegnen, wenn jene wieder das Haupt erheben sollte. Auch glaube ich, obwohl ich durchaus kein Schmeichler des Volkes bin, daß es fähig ist, Vernunft anzunehmen.

Minister des Innern v. Mantuffel: Der Belagerungszustand ist keine bloße Vorbeugungsmaßregel. Die gesetzliche Autorität war gesunken, die Gesetze mußten in Ansehen gebracht werden. Die Truppen mußten deshalb kommen. Sie haben aber einen zweifelhaften Empfang gehabt, die Bürgerwehr hat den Truppen am Schauspielhause nicht Platz gemacht. Das einzige Mittel, die Regierung nicht zu kompromittiren, zugleich ein Vorbild zu vermeiden, war der Belagerungszustand. Schluß der Debatte.

Am Ministertische habe sich nach und nach sämtliche Minister eingefunden.

Der Verbesserungsvorschlag von Tepper wird in der Abstimmung verworfen, eben so der von Willisen gestellte.

Nachdem der von Sperling heute eingebrachte, wie ein von Fessler gestellter abgelehnt sind, wird die Fassung des Entwurfs angenommen und ein Zusatz von Fessler verworfen.

Der fünfte Satz des Entwurfs kommt zur Debatte, zugleich ein dazu gestellter Verbesserungsantrag: Es wolle die hohe Kammer beschließen:

„daß nach dem Absatz §. 5. des Adress-Entwurfs und nach den Worten:

„wir werden diesen Vorlagen die größte Sorgfalt widmen“

folgender Passus einzuschalten:

„und hegen zu Ew. Majestät Regierung das Vertrauen, daß auch zur Abstellung der gro-
ßen materiellen Noth des Volkes und zur Be-
hebung des Handels und Verkehrs den Kam-
mern baldigst geeignete Vorlagen gemacht
werden.“

Berlin, den 8. März 1849.

Vöcking. Milde.

Minister v. d. Heydt: Ich wünsche eine nähere Auslassung der Antragsteller, in wieviel sie dem Ministerium durch ihr Amendement irgend einen indirekten Vorwurf machen wollten.

Abgeordneter Vöcking: Die Arbeitslosigkeit im Lande ist ziemlich groß und ich wünsche, daß den bedürftigen Arbeitern wenigstens ein kleiner Trost durch ihre Erwähnung gewährt werde. Allerdings hat im Hintergrunde des Amendements der Wunsch gelegen, daß der Noth der arbeitenden Klassen, welche ich durch jahrelangen Verkehr kenne, abgeholfen werde. Das Mittel sch' ich nicht in der Auswanderung, welche in doppelter Beziehung ein Verlust am Nationalvermögen ist. Die Auswanderer tragen ihr Kapital und ihre Intelligenz in das Ausland. Wir müssen dem Arbeiter hier helfen.

Abgeordneter Jacobs: Das Amendement kommt mir vor, wie ein Wechsel, welchen wir auf das Ministerium zögen, der aber niemals seine Einlösung finden kann. Ich gebe zu, daß die Noth groß ist, sie hat aber verschiedene Gründe im Lande. Die Sperre im Osten, der dänische Krieg, die Kartoffelkrankheit haben in verschiedenen Landestheilen Noth hervorgerufen. Durch allgemeine Gesetze wird sich weniger thun lassen, als durch Gesetze für die Provinzen und die Kreise, welche gerade von einem besonderen Nothstande getroffen sind. Selbst die Noth eines Napoleons würde das Ministerium nicht in den Stand setzen, durch Gesetzentwürfe der Noth zu steuern. Ebenso würden Gesetzentwürfe allein dem Handel wenig helfen. Gesicherte, gesetzliche Zustände werden dem Handel am besten helfen. Ich stimme gegen das Amendement.

Abgeordneter Milde: Ich hatte nicht die Absicht einen Streit über Schutzgölle durch das Amendement heraufzubekommen. Die Ergebnisse des vorigen Jahres haben jetzt übrigens festgestellt, daß der Staat seine Produktion und Fabrikation durch Zölle schützen muß. Mein Wunsch, den ich der Regierung aussprechen wollte, war nur eine einheitliche Leitung unserer Handelspolitik dargestellt zu sehen. Es genügt nicht nur Steuern zu erheben; sie müssen auch zweckmäßig verwendet werden. Kanäle, Häfen, Eisenbahnen und dergleichen unentbehrliche Staatsbauten werden Arbeiter beschäftigen, zugleich die Steuerkraft des Landes heben können.

Minister v. d. Heydt: Der Abgeordnete Vöcking hat durch sein Amendement die Noth zur Sprache bringen wollen, und dann die Schutzgölle vertheidigt. Ob es zweckmäßig sein möchte, über diese wichtige Frage, welche detaillierte Vorlagen erfordert, a priori zu urtheilen, bezweifle ich sehr. Der Abgeordnete Milde hat sich auch dagegen erklärt, er hat der Nationalarbeit nur Nahrung schaffen wollen. Dies zu thun durch zweckmäßige Arbeiten ist Absicht der Regierung. Sie hat einige Arbeiten eröffnet, sie wird auch baldigst größere Pläne der hohen Kammer vorlegen, da die Mittheilungen des Finanzministers sehr günstig dafür erschienen, die Finanzen haben jetzt glücklicherweise eine bessere Lage, als man erwarten konnte. Namentlich hoffen wir den Bau der westphälischen Bahn zu übernehmen.

Abgeordneter Hansemann: Die Erklärungen des Handelsministers scheinen mir den Antrag erledigt zu haben; ich ergreife hiermit aber Gelegenheit zu sagen, daß es ein Recht auf Arbeit nicht gibt. Das ewige Gesetz Gottes ist, daß nur der sparsame, der fleißige Arbeiter einen bequemen Lebenszustand habe.

Nachdem der Schluß der Debatte beliebt worden, wird der Satz 5. des Adress-Entwurfs angenommen, der Zusatz von Milde und Vöcking dagegen verworfen.

Der 6. Satz des Entwurfs nebst folgendem Amendement:

Die hohe Kammer wolle beschließen: statt des 6. Satzes in dem Adress-Entwurf den folgenden aufzunehmen:

„Die den verschiedenen Religionen - Gesellschaften gewährte Selbstständigkeit entspricht einem wahren Erfordernisse der Zeit und wird ihnen eine um so segensvollere Wirksamkeit sichern, je mehr bei den dafür getroffenen Einrichtungen ihnen die dieser Selbstständigkeit, so wie den unveräußerlichen Rechten des Staates entsprechende Mitwirkung eingeräumt und in Anerkennung der hohen Wichtigkeit religiöser und sittlicher Volksbildung Schutz und Pflege des Staats gleichmäßig und unver-
kürzt erhalten wird.“

Hülsmann. Niehsch. Graf v. Schlieffen. Colmann. Stahl. Eichmann. Schulz. Belmede. di Dio. v. Borries. Meyer. Bonnegut. Thym. v. Jordan.

wird zur Debatte gestellt.

Der Verbesserungs-Antrag wird verworfen, der Entwurf dagegen angenommen.

Der siebente Satz des Entwurfs, der sich auf die Finanzlage des Staats bezieht, wird nebst drei Amendements zur Debatte gestellt.

Abgeordneter Kipper: Daß die Finanzverwaltung von jeher in gutem Zustande gewesen ist, wird von Freunden und Feinden anerkannt. Ich bin selbst Banquier und weiß deshalb zu beurtheilen, wie vorthellhaft es für den Staat war, die freiwillige Anleihe beim Volke zu machen und den Bankiers auf Kosten des Staats keinen Gewinn zu verschaffen, wie wohl früher geschehen wäre. Es ist dies ein Fortschritt in der Finanzpolitik.

Der Finanzminister hat der Kommission mitgeteilt, daß augenblicklich 4 Millionen Thaler baar, außerdem 6 Millionen in leicht einzutreibenden Forderungen im Staatschatz befindlich sind, was bei der Noth des vorigen Jahres gewiß um so überraschender ist.

Wenn nun die Volksvertreter die Tugend der Sparsamkeit so üben wollten, wie bisher unsere Regierungen, so würde es um unser Vaterland gut stehen.

Abgeordneter v. Ammon: Der Entwurf nennt als Quelle für den glücklichen Erfolg der freiwilligen Anleihe, das Vertrauen. Ich glaube nicht nur ein finanzielles, kaufmännisches Vertrauen, das viel edlere Motiv der Vaterlandsliebe hat ihn herbeigeführt. Es ist dies dieselbe Vaterlandsliebe gewesen, welche, als die Steuerverweigerung ins Land geschleudert wurde, die Steuern fortzahlte.

Abgeordn. Hansemann: Ich schließe mich dem Amendement des Vorredners an. Es war der Patriotismus, welcher die Opfer brachte. Ich könnte Ihnen rührende Beispiele vorführen. Ich habe den Antrag gestellt, die Worte „einschließlich des Staatschatzes“ zu streichen, weil sie Mißtrauen gegen den Finanzminister enthalten. Ebenso habe ich gewünscht, das Anbieten zu neuen Anstrengungen wegzulassen, denn es ist nicht unsere Aufgabe, die Regierung gleichsam zur Auflage neuer Steuern aufzufordern.

In der Abstimmung wird das Amendement von Ammon: Die Kammer wolle beschließen:

„Pag. 2, Zeile 8, nach den Worten: öffentliche Vertrauen den Zusatz aufzunehmen: so wie für die patriotische Gefinnung des Volkes.“

Berlin, den 8. März 1849.

v. Ammon. D. Herrmann. Referstein. Hülsmann. Freiherr v. Vincke. Bornemann. v. Oppen. v. Bockum-Dolffs.

v. Wittgenstein (von Köln).

einstimmig angenommen, das Amendement von Hansemann dagegen verworfen.

Die Minister haben bei diesen beiden Amendements, da das Resultat zweifelhaft war, mitgestimmt.

Der Satz 7 wird hierauf mit dem Amendement Ammon angenommen.

Der folgende Satz, welcher die Vertheidigungsmittel des Landes betrifft, wird darauf der Debatte übergeben. Einige Amendements werden unterzogen.

Abgeordneter v. Willisen: Disziplin und Treue finden wir in vielen Armeen, die Bildung hat die unsere vor allen anderen voraus. Ihren Grund hat diese in allgemeiner Dienstsittlichkeit, ohne Stellvertretung. Die Folgen davon haben Sie in ihrer Humanität gesehen. Dafür müssen wir aber erkenntlich sein.

Abgeordneter Wach: Keinem Theil des Volks ist seit vorigem März so viel Unrecht geschehen, als dem Militär, es hat Ausreizungen, Schmähen, schmerzende Kratzen müssen. Auf alles dies hat es jetzt durch Handlungen geantwortet, in Schleswig, in Frankfurt. Im eigenen Lande hat uns der Soldat unsere Person und unsere Freiheit geschützt. Darum mußte in der Thronrede des Heeres gedacht werden. Der Anspruch der Thronrede selbst ist so treffend, daß unsere Kommission kaum so würdige Worte finden konnte. Ich wünsche, daß bei dem Entwurf stehen geblieben werde, der Kürze wegen.

Abgeordneter Vöcking: In Süd-Deutschland hat unsere Armee trotz aller Vorurtheile die beste Aufnahme sich verdient; unsere gebildeten Soldaten, von denen jeder das Gefühl hat, daß er das Ansehen und die Würde Preussens zu vertreten hatte, haben sich um das Vaterland verdient gemacht. Ich trage darauf an, den Artikel 8. so anzunehmen, wie er im Entwurf steht.

Referent Walter empfiehlt der Kürze halber die Fassung des Entwurfs.

Der erste Theil des Satzes:

„Zu unserer großen Veruhigung vernehmen wir aus dem Munde Ew. Majestät die Versicherung, daß den Vertheidigungsmitteln des Landes ununterbrochen die nöthige Sorgfalt zugewendet werden konnte.“

wird angenommen.

Der zu dem 2ten Theil gestellte Verbesserungsvorschlag von Willisen wird darauf verworfen. Der des Abgeordneten Tepper gleichfalls, wo gegen die Fassung des Adress-Entwurfs genehmigt wird.

Der Präsident: Die Angelegenheit, welche jetzt in Frankfurt vorgeht, ist so kritisch, daß ein Wort darin viel wirken kann. Um so bedächtiger muß es gesprochen werden. Darum scheint es nicht wünschenswerth, heute in der Verathung fortzufahren. In der Sitzung, welche ich auf morgen 10 Uhr anberaume, werde ich die hohe Kammer fragen, ob sie die Reihenfolge des Entwurfs einhalten will oder ob sie es vorzieht, den 9ten Satz einer späteren Sitzung zu überweisen.

(Schluß der Sitzung 2½ Uhr.)

Die Oesterreichische und Preussische Note.

(Aus der Heimchronik des Pfaffen Maurizius.)

Die Note kam aus Oesterreich an,
Doch wie man oft es hören kann,
So ist sie in Frankfurt am Main gemacht,
Und hat sich selber überbracht.
Sie zu entziffern ist sehr leicht,
Denn sie ist bis zur Dummheit klar,
Und gleicht dem Scherling auf ein Haar
Wie nur ein Kind dem Vater nicht.
Sie lautet so: Wir wollen nicht;
Zum Teufel, nein! wir wollen nicht;
Wir wollen halt die alte Geschichte.
Wir wollen den Bundestag wieder haben,
Die Leiche werde ausgegraben.
Der Teufel hole das Parlament,
Der Jux hab' endlich doch ein End!
Gesamtsaat Oesterreich und Deutschlands Einheit,
Beides ist möglich mit etwas Feinheit —
Wir wollen wieder den Bundestag,
Den Bundestag mit Ferienpausen,
Und unser lieber Münch-Bellinghausen
Soll wieder sein der Präsident.
Was immer sagt das Parlament,
Und wie die Linke schreien mag:
Wir wollen wieder den Bundestag! —
Genugsam hat sich unter der Zeit,
Das Volk an Volksvertretung gefreut,
Und wir auch waren inessen genug dumm,
Jetzt wollen wir nicht, und damit Punktum!
Was nun betrifft die Preussische Note,
Die Camphausen, der treue Vote,
Als Nothaube nach Frankfurt gebracht,

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

So sag' ich: bei Geng! wer die Note gemacht,
Der ist ein Meister in der Kunst,
Sie ist aus himmelblauem Dunst,
Aus Rauch und Staub und Dampf gewebt,
Und über ihrem Haupte schwebt
Zu einer Wolkennebelhaube
Verschmolzen, Hoffnung, Liebe, Glaube! —
Ein Zauberer wäre, wer den Sinn
Des Kunstwerks Preussischer Diplomaten,
Vermöchte zu lösen und zu errathen.
Die Note lautet so: Wir wollten,
Wir möchten, dürften, könnten, sollten —
Nicht dick, nicht dünn — nicht warm, nicht kalt —
Doch allerdings Centralgewalt —
Nicht warm, nicht kalt — nicht dünn, nicht dick —
Macht — auswärtige Politik. —
Das Parlament — nun ja! — versteht sich —
Doch gebührt auch die Souveränität sich —
Und insbesondere — gewisser Maßen —
In Gnaden — Alles gehen lassen.
Und Oesterreich? — ja, ganz gewiß! —
Das Parlament — und dann ein Riß!
Und ohne Vollmacht — Vereinbarung,
Und Einzelnstaatsinteressenbewahrung,
Nichts da von Kaiser? — doch was dann? —
Geschehen wird, was geschehen kann.
Die Freiheit — ja! allein aber — nein! —
So soll es sein, so soll es sein!
Die vier und dreißig werden höflich geladen,
Gez. Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden. —
Das ist die weltberühmte Note,
Die Camphausen, der Taubentbote,
Dahertrug im diplomatischen Schnabel. —

Locales etc.

Posen, den 15. März. Sicherem Vernehmen nach werden 3 Bataillone des 18ten und 19ten und das 14te Landwehr-Regiment schnell mobil gemacht, um sofort unter dem Kommando des Oberst von Stein nach Schleswig abzumarschiren.

Stadt-Theater.

Freitag den 16. März auf allgemeines Verlangen zum zweitenmale: Fürst, Minister und Bürger, oder: Das Pasquill; Lustspiel in 4 Akten vom Freiherrn von Maltitz. — (Manuscript.)

Edictal-Citation.

Auf den Antrag ihrer Verwandten und resp. Kuratoren werden die nachstehend benannten Personen:

1) Gottfried Nau, welcher sich vor etwa 23 Jahren mit der Anna Rosina Rüdiger in Steffanower Hauland verheirathet, demnächst aber sich vor länger als 17 Jahren von dort in einem Alter von ungefähr 30 Jahren entfernt hat und verschollen ist.

2) Martin Jerszynski, Sohn des Mathews Jerszynski und der Marianna geb. Plachetka, geboren in Rozmin am 8. November 1802, welcher vor mehr als 20 Jahren von dort als Schuhmachergehilfe ausgewandert ist, und seitdem vermißt wird.

3) Friedrich Ludwig Thyrion, Sohn des verstorbenen Försters Thyrion, angeblich am 5. Juni 1810 geboren, welcher sich im Jahre 1828 oder 1829 aus Storchow, wo er sich bei seinem Oheim, dem Ober-Amtmann Paschke aufgehalten, entfernt hat und wahrscheinlich nach Polen gegangen ist.

4) Mathews Köster, Sohn des Leinwebers Joseph Köster, am 23. September 1789 getauft, welcher in einem Alter von etwa 20 Jahren seinen Wohnort Schrimm verlassen hat und an dem Feldzuge in Rußland im Jahre 1813 Theil genommen haben soll.

5) Bartholomäus Malik (Mallot), Sohn des Dreschgärtners Adam Malik, am 16. Aug. 1790 in Dammersch Dösch, Namstauer Kreises, geboren, welcher sich vor mehr als 20 Jahren aus seinem Wohnort Maria-Alois entfernt und nach Polen begeben hat, wo er gestorben sein soll.

6) Der Drechslergehülfe Karl Wilhelm Lasfau, Sohn des Tischlers Karl Gottlieb Lasfau, in Czempin am 30. Dechr. 1805 geboren, welcher im Jahre 1836 von seinem Wohnort Kurnik aus auf Wanderschaft gegangen und seitdem verschollen ist.

7) Der Akerbürger Friedrich Rauhut aus Zaborowo, welcher sich angeblich vor mehr als 30 Jahren von dort entfernt hat.

8) Die Gebrüder Johann Sowiński, geboren in Raszkow am 11. April 1798, und Mathias Sowiński, geboren daselbst am 21. Febr. 1795, Söhne der Dominik und Rosalia Sowiński'schen Eheleute, welche sich vor etwa 25 Jahren von Raszkow fortbegeben haben und dahin nicht zurückgekehrt sind.

9) Der Züchnergesehle Karl Wilhelm Lissner, im Jahre 1810 in Glauchau geboren, verheirathet im Jahre 1835 mit Eva Rosina geb. Kosska, Vater eines am 19. October 1837 gebornen Sohnes, welcher in demselben Jahre seinen Wohnort Schwefenz verlassen hat, und dahin nicht zurückgekehrt ist.

10) Jakob Banaszak (Baczak), welcher im Jahre 1809 in Winnagóra geboren, im Jahre 1830, nachdem er vorher in Czchow als Knecht gedient hatte, zum Militair ausgehoben worden und seitdem verschollen ist.

11) Der Bäckergehle Johann Friedrich Schwerin, am 18. Mai 1783 in Zbunh geboren,

welcher vor etwa 30 Jahren sich von dort entfernt hat und demnächst verschollen ist.

12) Adam Sperczynski, Sohn der Paul und Cecilia Sperczynski'schen Eheleute, geboren zu Grabow am 23. Mai 1808, welcher in einem Alter von 12 bis 16 Jahren auf die Schule nach Petrikau gegangen ist und später die Akademie in Warschau bezogen haben soll.

13) Zette (Hannchen) Reich, Tochter der Elias und Chaja Reich Lissnerschen Eheleute, aus Krotoschin gebürtig, welche vor 34 oder 35 Jahren in einem Alter von 18 bis 20 Jahren ihren Geburtsort verlassen und sich nach Breslau begeben hat, seitdem aber verschollen ist.

14) Der Färbergehle Friedrich Wilhelm Jänsch, Sohn der Schmiedemeister Gottfried und Friedrike Jänsch'schen Eheleute in Grätz, am 10. October 1799 geboren, welcher, nachdem er in Schlawa das Färberhandwerk erlernt hat, vor etwa 25 Jahren auf Wanderschaft gegangen ist und zuletzt in Freiberg in Sachsen als Gefelle gearbeitet hat.

15) Marianna Elisabeth Gluska, geboren am 2. Februar 1794, im Jahre 1818 verheirathet mit dem Dekonom Kwiatkowski und deren Schwester Christine Gluska, geb. am 2. März 1800, Tochter der Schneider Valentin und Marianna Gluskaschen Eheleute in Bettche, welche sich im Jahre 1819 nach Rußland begeben haben und seitdem verschollen sind.

16) Der Kürschner Ignaz Paluszkiewicz, Sohn der Thomas und Catharina Paluszkiewicz'schen Eheleute, zu Bnin am 10. Februar 1783 geboren, welcher sich vor 30 Jahren von dort entfernt hat.

17) Carl Ignaz Tensiorowski, Sohn des Organisten Johann Tensiorowski, zu Kobylagóra am 20. Januar 1803 geboren, welcher sich im Jahre 1831 von dort nach Polen begeben und seitdem nichts von sich hat hören lassen.

18) Der Kaufmann Carl Wilhelm Pusch aus Posen, welcher sich am 24. November 1837 in einem Alter von 52 Jahren aus seiner Wohnung entfernt hat und dahin nicht zurückgekehrt ist.

19) Der Fabian Sebastian Mrugalski, Sohn der Mathews u. Catharina Mrugalski'schen Eheleute, zu Görchen am 19. Januar 1795 geboren, welcher von dort als Tischlergehle vor etwa 30 Jahren ausgewandert ist, zuletzt in Kalisch gearbeitet haben soll und seitdem verschollen ist, und

20) die Gebrüder Roch Mazurkiewicz, getauft zu Zbunh am 18. August 1767 und Lorenz Mazurkiewicz, geboren daselbst am 14. August 1774, Söhne der Stanislaus und Hedwig Mazurkiewicz'schen Eheleute, welche sich vor länger als 30 Jahren von ihrem Geburtsorte entfernt haben sollen und seit längerer Zeit verschollen sind,

so wie deren etwanige unbekannte Erben und Erbennehmer aufgefordert, sich in oder vor dem am 3ten August 1849 Vormittags um 10 Uhr vor dem Deputirten, Oberlandesgerichts-Referendarius Landowski in unserm Instruktionszimmer anstehenden Termine schriftlich oder persönlich zu melden, und weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls sie für todt erklärt werden sollen, und ihr Vermögen den sich legitimirenden Erben ausgeantwortet werden wird.

Posen am 21. August 1848.

Königliches Ober-Landesgericht, Abtheilung für die Prozeßsachen.

Es ist eine Unrichtigkeit, und wie man bei dem sonstigen Begriffs-Vermögen und den guten Verstandeskräften des Herrn Polizeiraths Hirsch anzunehmen versucht ist, eine, mit Bewußtsein gesagte Unrichtigkeit, wenn Herr Hirsch in seiner Bekanntmachung vom 14ten d. M., heutige Posen'sche Zeitung S. 248, behauptet, ich hätte ihn als Correspondenten der „Neuen Preussischen Zeitung“ bezeichnet, d. h. als ständigen, auch wohl honorirten Berichterstatter dieses Blattes. Solches habe ich nicht gesagt; vielmehr habe ich, wie Jedermann aus der Beilage zur Nr. 63. der „Nationalzeitung“ vom 7ten d. M. sich leicht überzeugen kann, dort nur die Vermuthung ausgesprochen, daß Herr Hirsch der Verfasser des mich gehässig angreifenden, eben so unlauteren als unwahren Correspondenz-Artikels „+ Posen, den 29. Januar“ in Nr. 28. der „Neuen Preussischen Zeitung“ vom 3. Febr. c. sei. Und dieser Vermuthung hat Herr Hirsch mit seiner obgedachten, nur gelegentlichen Bemerkung in der heutigen Posen'schen Zeitung keineswegs widersprochen. Ich würde es aber, in aufrichtiger Theilnahme für Herrn Hirsch mit herzlichstem Danke anerkennen, und es scheint auch in seinem eigenen Interesse zu liegen, wenn er direkt und bestimmt jener Vermuthung öffentlich nicht bloß widersprechen, sondern dieselbe auch überzeugend widerlegen wollte.

Posen, am 15. März 1849.

Schreib.

Marktbericht. Posen, den 14. März

(Der Schfl. zu 16 Mg. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr 25 Sgr. 7 Pf. bis 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf. Roggen 24 Sgr. 5 Pf. bis 28 Sgr. — Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. — Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garzig zu 8 Pfund 1 Rthlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 14. März. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Falles unveränd. 12½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 14. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe.	5	101	78½
Staats-Schuldscheine.	3½	78½	98½
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	—	—	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen.	5	98½	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3½	86	96
Grossh. Posener	4	96½	—
Ostpreussische	3½	81	90½
Pommersche	3½	—	91½
Kur- u. Neumärk.	3½	92½	—
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine.	—	—	—
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	72½	—
Prioritäts.	4	87	—
Berlin-Hamburger	4	—	60
Prioritäts.	4½	91	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4½	54½	58½
Prior. A. B.	4	83½	—
Berlin-Stettiner	5	95	—
Cöln-Mindener	4	85	—
Prioritäts.	3½	—	73½
Magdeburg-Halberstädter	4½	92	91½
Niederschles.-Märkische	4	108½	—
Prioritäts.	3½	71½	71½
Ober-Schlesische Litt. A.	5	85½	—
III. Serie	5	98½	—
Rheinische	5	93½	—
Stamm-Prioritäts.	3½	91½	—
Prioritäts.	3½	91½	—
v. Staat garantirt	4	—	—
Thüringer	4	48½	60½
Stargard-Posener	3½	69½	—

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Gensel.

Montag den 19ten März Nachmittags 3 Uhr werden im Hofe des Katharinen-Klosters gegen 100 Paar alte Stiefeln und altes Messingzeug gegen gleich baare Bezahlung, erstere im Ganzen oder im Einzelnen, an den Meistbietenden veräußert werden.

Posen, den 14. März 1849.

G o l d,
Major und Bataillons-Kommandeur.

Für die Mitglieder des Brudervereins.
Sonabend, den 17. März c.:
Beginn des Gottesdienstes 9½ Uhr.
der Predigt 10½

Bekanntmachung.
Berliner Land- und Wasser-Transport-
Versicherungs-Gesellschaft.

Zur Uebernahme von Versicherungen jeglicher Art wird die obige Gesellschaft mit dem Bemerkten empfohlen, daß sie gegen die billigsten Prämien die ausgedehnteste Garantie leistet, auch die vorkommenden Schäden auf höchst liberale Weise regulirt.

Posen, den 15. März 1849.

Adolph Lichtenstein, als Agent,
Markt No. 93.

Auf meinem Rittergute Szczepowice, Kosener Kreises, sind sub Rubr. III. No. 17. 2000 Rthlr. eingetragen, welche ich bereits bezahlt habe. Der jetzige Inhaber verweigert mir die Föschung; ich warne daher jeden vor Ankauf derselben.

Szczepowice, den 7. März 1849.

Nepomucen Niklas.

1) Das Vorwerk Stanislawowo mit starkem Boden, unweit der Chaussee bei Wreschen gelegen, ist von Johanni d. J. an zu verpachten; 2) der Eichenwald von Wulka bei Strzalkowo ist zu jeder Zeit im Ganzen, oder auch theilweise zu verkaufen; 3) das im Königreiche Polen an der Preussischen Grenze, unweit Ruskow gelegene Vorwerk Dęboka theils mit gutem, theils mittlerem Boden, mit einem Walde und sehr ausgedehnten Wiesen ist zu jeder Zeit zu verkaufen. Das Nähere über alle diese Punkte ist in Wulka hinter Wreschen bei Strzalkowo zu erfahren.

Allen Herrschaften empfiehlt sich zur Nachweisung verschiedener Diensthöten mit guten Zeugnissen das Miethsbureau von D. Kareski, Markt No. 82. im Kaufmann Binderschen Hause.

Das Grundstück No. 37. Górczyn ist sofort aus freier Hand zu verkaufen.

Zu diesem gehören 46 Morgen 36 Ruthen Acker, meist Weizenboden, Gärten, Wiesen und Pausen, ein mit Dachschindeln eingedektes Wohngebäude von 2 Stuben, Alkoven, Boden, Kammer, Schöne und Stallungen, alles neu.

Die Bedingungen sind zu erfahren bei der Eigenthümerin Wittwe Marianna Palacz in Górczyn und Agent Ding in Posen, Wallstraße No. 16.

Marianna Palacz.

Extra feines Königsräucherpulver,

in Flacons à 5 Sgr.,
einen erquickenden und angenehmen Wohlgeruch verbreitend, empfiehlt
Ludwig Johann Meyer, Neustadt.

Kirsch- und Pflaumenbäume à 10 Sgr., Apfels- und Aprikosen à 15 Sgr. und Wallnussbäume à 20 Sgr. für das Stück, so wie Maulbeerpflänzlinge à Schock 1 Rthlr. sind im Garten zu Radojewo zu verkaufen.

empfang und offerirt
S. Drenstein,
Materialwaaren-Handlung der Poststraße gegenüber.

Bürger-Gesellschaft.

Sonntag den 18. März d. J. Tanzkränzchen Anfang 8 Uhr.

Sonntag den 25. März d. J. Nachmittags 4 Uhr Generalversammlung zur Verabreichung des Gesellschafts-Etats.

Zum Schlusse der Wintervergügungen am 2ten Ostersiertage Kinderball.

Ein Bisampelz, mit braunem Tuche überzogen, ist in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. abhanden gekommen. Wer Auskunft hierüber in der Tuchhandlung Markt No. 60. giebt, erhält 10 Rthlr. Belohnung. Gleichzeitig wird vor dem Ankauf desselben gewarnt.